

Kopie an Herrn Bundesrat F. Honegger

BUNDESAMT FUER
AUSSENWIRTSCHAFT

2520.1

BUNDESAMT FUER
ENERGIEWIRTSCHAFT



Bern, 18. März 1981

Herrn Ständeratspräsident
Dr. P. Hefti

Frau Nationalrätin D. Morf

Monsieur le Conseiller national
J. Cavadini

Herrn Nationalrat Dr. H. Frei

Herrn Nationalrat Dr. K. Meier

Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident,
sehr geehrte Frau Nationalrätin,
sehr geehrte Herren Nationalräte,

Sie haben sich zur Teilnahme am OECD/IEA-Parlamentarier-Seminar über Energie und Wirtschaft am 10./11. April 1981 in Paris angemeldet. Wir hoffen, dass diese Veranstaltung für Sie wertvolle Einsichten und Anregungen bringen wird.

Wie Sie wissen, ist die Schweiz Gründungsmitglied der Internationalen Energie-Agentur. Sie arbeitet in allen Gremien aktiv mit, weil sie überzeugt ist, dass internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet unerlässlich ist und auch uns helfen kann, eine tragfähige Energiepolitik zu entwickeln. Wir gestatten uns, Ihnen in der Beilage eine kleine Dokumentation über die IEA und die Mitarbeit der Schweiz zu überreichen.

Die Entwicklung der letzten zwei Jahre war dadurch gekennzeichnet, dass die Oelpreise sich, vor allem infolge der Ereignisse in und um Iran, viel massiver nach oben entwickelt haben, als dies erwartet wurde, dass sich aber auch die Nachfrage nach Oel in den

Industrielländern unerwartet stark zurückgebildet hat. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte allerdings das geringe wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre.

Nach der Iran-Krise vom Frühjahr 1979 musste man sich die Frage stellen, ob es Mittel und Wege gäbe, um zu verhindern, dass relativ geringfügige und zeitlich beschränkte Versorgungsstörungen zu unverhältnismässigen Preisentwicklungen führen, z. B. weil die allgemeine Unsicherheit einen sehr ausgeprägten Lageraufbau provozierte. Es stellte sich somit die Frage, ob die Länder der IEA neben dem Notstandssystem für akute Versorgungskrisen (mehr als 7 % Unterversorgung) und der auf längerfristige Strukturanpassungen abzielenden eigentlichen Energiepolitik (Sparen, Substituieren, Forschen) ein Instrumentarium zur Bewältigung vorübergehender Marktstörungen (sog. "schleichende Krisen") entwickeln sollten.

Im Vordergrund der Beratungen anlässlich der drei letzten Treffen der IEA-Energieminister standen deshalb Vorschläge, die auf eine verstärkte Intervention des Staates in das Marktgeschehen abzielten (Einfuhrkontingentierung, Beeinflussung der Lagerpolitik der Oelgesellschaften usf.). Bisher kam es noch zu keinen bindenden und konkreten Beschlüssen ausser mit Bezug auf sogenannte Einfuhrplafonds für 1980 und auch 1985. Die Schweiz präzisierete, dass diese Plafonds für sie nur indikativen Charakter haben können.

Was die sogenannte flexible Lagerpolitik anbelangt, so sind die Vorstellungen vorderhand noch ziemlich modellhaft. Niemand kann genau sagen, ob es den Regierungen gelingen könnte, durch international koordinierte Weisungen zum Lagerauf- bzw. -abbau den Markt zu beeinflussen und den Preisauftrieb zu bremsen. Auch die OPEC-Länder dürften wohl ein Wort mitreden wollen. Auf jeden Fall könnten sie durch gezielte Produktionssteuerung die Absichten der Importländer durchkreuzen. Es stellen sich hier sehr grundsätzliche Fragen ordnungspolitischer und rechtlicher Art. Aber auch die Frage, wer die finanziellen Risiken solcher Eingriffe tragen soll, ist offen.

In den Augen der schweizerischen Delegation ist der Nachweis bisher noch nicht erbracht worden, dass solche Manipulationen erfolgversprechend wären. Das neue Landesvorsorgerecht schliesst zudem den Einsatz kriegswirtschaftlicher Instrumente (Freigabe von Pflichtlagern, Kontingentierungen etc.) zu wirtschaftspolitischen Zwecken aus. Es stellt sich somit auch bei uns ein rechtliches Problem. Was in der Schweiz hingegen möglich ist, ist ein Dialog zwischen den Behörden und der Erdölbranche über Fragen der Lagerpolitik und andere relevante Themen. Dieser Dialog besteht seit Jahren und wurde in letzter Zeit noch intensiver gestaltet.

Fazit: Die Schweiz ist sich bewusst, dass sich den Oel-Verbraucherländern im Spannungsfeld Oelmarkt-Weltwirtschaft noch zahlreiche Probleme stellen. Ob die IEA auf alle Fragen die richtige Antwort finden wird, muss offen bleiben. Die Schweiz muss sich auf jeden Fall vorbehalten, neue Vorschläge sehr eingehend zu prüfen, vor allem dann, wenn diese, wie dies meist der Fall ist, verstärkte Staatseingriffe in das Marktgeschehen implizieren.

Wir wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in Paris und hoffen, dass Ihnen das Seminar nützlich sein wird. Es würde uns freuen, von Ihnen nach Abschluss des Seminars zu erfahren, wie Sie diese Veranstaltung beurteilen.

Hochachtungsvoll



C. Zangger *
Stv. Direktor BEW



B. v. Tscharner *
Delegierter für Handels-
verträge BAWI

* Vertreter der Schweiz im IEA-Verwaltungsrat

Beilagen